

Niederschrift

über die 12. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Schul- und Sportausschusses am Montag, 29.05.2017 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses, Mittelstraße 40, 40721 Hilden

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Claudia Schlottmann CDU

stell. Vorsitz

Herr Christoph Bosbach SPD

Ratsmitglieder

Frau Sandra Kollender SPD

Herr Christopher Monheimius CDU

Herr Norbert Schreier CDU

Herr Michael Wegmann CDU

Herr Klaus-Dieter Bartel Bündnis90/Die Grünen Vertreter für Frau Münnich

Frau Sabine Kittel BÜRGERAKTION

Sachkundige Bürger/innen

Herr Klaus Dupke SPD

Frau Henrike Lindenberg SPD Vertretung für Herrn
Ruschke

Herr Dr. Heimo Haupt AfD

Frau Julia Gerhard FDP

Beratende Mitglieder

Frau Susanne Brandenburg Stadtsportverband

Herr Axel Daldorf Stadtschulpflegschaft

Beratende Mitglieder gemäß § 58 Abs. 1 GO NRW (nicht stimmberechtigte Fraktionen)

Herr Friedhelm Burchartz Allianz für Hilden

Beiräte

Frau Hiltrud Stegmaier Behindertenbeirat

Frau Ingeborg Voos Seniorenbeirat

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Sönke Eichner

Frau Noosha Aubel

Herr Ulrich Brakemeier

Herr Bernd Eichmann

Frau Andrea Funke

Frau Claudia Ledzbor

Frau Kirsten Max

Stellv. Schriftführerin

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Zwischenstand Grundschulentwicklungsplanung (SEP) 2017ff, hier: Beauftragung des weiteren Vorgehens
WP 14-20 SV 51/152
- 3 Namensgebung des Grundschulverbundes Beethovenstraße
WP 14-20 SV 51/153
- 4 Erneuerung des Kunstrasenbelags auf dem Sportplatz Hoffeldstrasse
hier: Aufhebung des HV 6 Vermerkes
WP 14-20 SV 66/091
- 5 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 6 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Zu Beginn der Sitzung wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Frau Vorsitzende Schlottmann eröffnete die Sitzung und stellte den ordnungsgemäßen Zugang der Sitzungsunterlagen fest.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde nutzen folgende Bürger für ihre Aussagen/Fragen:

Herr Karl Hubert, Bürger:

Herr Hubert bedankte sich sehr herzlich bei Rat und Verwaltung für die Veranstaltung des Spielmobils zu Christi Himmelfahrt. Dies sei eine sehr gelungene Veranstaltung gewesen.

Frau Martina Kunz, Lehrerin der Astrid-Lindgren-Schule

Sie erkundigte sich danach, wie die Intention des Landes NRW aufrecht erhalten würde, dass Schulen sich durch ein individuelles Schulprofil und Schulprogramm in der Schullandschaft positionierten, wenn die Hildener Schulen als Gesamtstandort zusammengefasst würden.

Herr Beig. Eichner erläuterte, dass die Sichtweise der Verwaltung dem nicht widerspräche. Es sei das Ziel der Schulentwicklungsplanung, alle Standorte zu sichern. Dadurch werde die Möglichkeit, ein eigenes Profil zu präsentieren, nicht eingeschränkt.

Frau Barbara Timmer, Schulpflegschaft der Astrid-Lindgren-Schule

Frau Timmer fragte, wie die Planungssicherheit für die Schulen und die Elternschaft sichergestellt würde, wenn gegebenenfalls jährlich auch über eine Zügigkeit verhandelt würde. Familien bräuchten gerade wegen Geschwisterkindern eine verlässliche Standortplanung. Schulen benötigten auch eine weitsichtigere Planungsarbeit.

Herr Beig. Eichner erörterte, dass derzeit mit einem Fünfjahreszeitplan geplant würde und Änderungen eingepflegt werden könnten. Dafür soll in der neuen Schulentwicklungsplanung ein Verfahren installiert werden, mit dem veränderte Schülerzahlen auf den vorhandenen Schulraum bestmöglich verteilt würden.

Frau Britta Möcking, Schulpflegschaft der Astrid-Lindgren-Schule

Frau Möcking bat um Erläuterung, wie eine „gesunde Integration“ möglich sei, wenn evangelischen, muslimischen und Familien anderer oder keiner Konfession angehörig, die ein Interesse an der Vermittlung christlicher Werte und gelebter Integration hätten, der Zutritt an eine Konfessionsschule verwehrt würde? Zumal dies ausdrücklich seitens der Kirche und des Schulgesetzes gewünscht sei, im Sinne einer Heterogenität der Schülerlandschaft, auch oder gerade an einer Konfessionsschule. So werde eine homogene Zielgruppe geschaffen, die von der Verwaltung doch abgelehnt würde.

Die gesetzlichen Grundlagen würden durch Steuerung umgesetzt werden, erläuterte Herr Beig. Eichner. Es werde das Ziel verfolgt, Kinder wohnortnah zu beschulen mit der Option, weitere Plätze vorzuhalten für Kinder, welche diese Schule als "Wunschschule" anwählten. Weiterhin bestehe die Möglichkeit für ca. 40 % nichtkatholische Kinder an der Schule Aufnahme zu finden. Allerdings sinke die Gesamtzahl.

Frau Mozinger, Lehrerin der Astrid-Lindgren-Schule

Auch wenn es sich, wie formuliert wurde, um ein rein theoretisch denkbares Szenario handle, stelle sich die Frage, was zukünftig mit dem Schulgebäude an der Richrather Straße geschehen solle und wieso es nicht weiterhin als Schulgebäude genutzt werden könne und dürfe? Hier fände gelebte Integration und eine gute Durchmischung von Kindern sozialer und ethnischer Herkunft bereits statt.

Zu dieser Frage führte Herr Beig. Eichner aus, dass das Konzept Stand- und Teilstandorte sichern wolle. Das Schulgebäude solle zum jetzigen Zeitpunkt nicht aufgeben werden. Allerdings müsse

man in einem Planungsverfahren alle Varianten betrachten und die vorhandenen Raumbestände einer sinnvollen Nutzung zuführen. Das sei Inhalt von noch zu führenden Planungsgesprächen.

Hierzu gab es eine weitere Nachfrage bezüglich der Einzigigkeit zur Grundschule Verlach/Richrather Straße.

Herr Brakemeier führte zu dem Thema aus, dass zum heutigen Zeitpunkt nicht gesagt werden könne, wie viele Klassen gebildet würden, es aber ohnehin Reaktionsmöglichkeiten geben müsse. Das gebiete schon allein der Umstand des kommunalen Klassenfrequenzrichtwertes, der eine präzise Vorhersage der Gesamtklassenzahl in Hilden kaum realisierbar mache. Das Ergebnis der Klassenbildung müsse nach dem Anmeldeverfahren dem Richtwert angepasst werden. Das falle umso leichter, je ausgewogener die Verteilung ausfalle. Ziel sei insgesamt das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“, ebenso wie eine heterogene und ausgewogene Schullandschaft. Das Angebot der Verwaltung sei weiterhin, mit allen Schulen ins Gespräch zu kommen, da eine Lösung nur gemeinschaftlich zu erzielen sei.

1 Befangenheitserklärungen

Es erklärte sich niemand für befangen.

| | |
|--|-------------------------------|
| <u>2 Zwischenstand Grundschulentwicklungsplanung (SEP) 2017ff, hier: Beauftragung des weiteren Vorgehens</u> | <u>WP 14-20 SV 51/152</u> |
|--|-------------------------------|

Herr Beig, Eichner erläuterte noch einmal den Hintergrund der Sitzungsvorlage. Es handle sich um den augenblicklichen Sachstand, dieser sei im Arbeitsprozess und damit noch nicht abgeschlossen. Weitere Schritte würden Eltern und Schulpflegschaften mit einbinden, um die Gesamtheit der Schullandschaft in Hilden betrachten zu können. Im Vordergrund stünden hierbei eine schulortnahe Beschulung, die heterogene Auslastung aller Schulstandorte sowie eine optimale Ausnutzung der Raumressourcen aber auch finanzielle Aspekte. Ziel sei es, vom bisherigen Reagieren hin zu einem aktiven Agieren zu gelangen.

Herr Monheimius dankte den Vertreterinnen der Astrid-Lindgren Schule. Er verwies auf den vorhandenen offenen Ganztags und die bestehende Wahlfreiheit der Eltern. Er ergänzte, dass durch die Neubauprojekte im Hildener Süden weiterer Bedarf entstünde und unterstrich, dass seine Fraktion es vorteilhaft fände, wenn es dort weiter eine Dreizügigkeit gäbe. Die CDU würde deshalb dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Herr Burchartz schloss sich seinem Vorredner an, betonte aber, dass der Prozess weiterlaufen müsse und bat, sich mit den Schulen an einen Tisch zu setzen.

Frau Gerhards führte aus, dass die FDP-Fraktion ebenfalls Bedenken habe, z. B. auch zum Thema Glaubensbekenntnis. Man wolle keine Kinder ausschließen. Außerdem müsse es bei einer 5-Jahres-Planung bleiben. Die FDP-Fraktion werde die Vorlage zurückweisen.

Herr Bosbach wies auf den Widerspruch hin, keine Schulen schließen zu wollen, aber gleichzeitig über den Standort Astrid-Lindgren-Schule nachzudenken. Jedoch müsse es eine maßvolle, passgenaue Steuerung geben, um die notwendige Grundschulgestaltung zu realisieren. Dies könne aber mit dem Herausnehmen der entsprechenden Textpassage im Beschlussvorschlag erreicht werden. Die SPD-Fraktion würde die Verwaltung beauftragen weiter daran zu arbeiten, wenn der Punkt Schulschließung herausgenommen würde.

Herr Dr. Haupt erläuterte für seine Fraktion, dass die Festsetzung des Planungsprozesses beschlossen und von der Politik weiter begleitet werden solle. Außerdem begrüße er sehr die gründliche Evaluation, die so noch nie vorgelegt worden sei. Diese datengestützte Planung fände er sehr begrüßenswert, ebenso die Umsetzung des Ziels „kurze Beine, kurze Wege“ insbesondere deshalb, weil er, gemeinsam mit Herrn Burchartz, diese Forderung bereits 2011 gestellt habe. Der Fortführungsprozess müsse erfolgen, deshalb stimme seine Fraktion für den Beschlussvorschlag.

Frau Kittel sprach ebenfalls ihren Dank an die Verwaltung zur detaillierten Aufbereitung der Sitzungsvorlage aus. Sie verdeutlichte noch einmal die Problematik, dass das Ziel „kurze Beine, kurze Wege“ nicht erfüllt werden könne, wenn an der Astrid-Lindgren-Schule ein Zug eingespart würde, der dann in der Schulstraße aufgestockt werden solle. Die Schulen hätten unterschiedliche Konzepte. Die Eltern hätten keine Wahlmöglichkeit zwischen den Schulen, darüber hinaus würde man eine konfessionelle Erziehung befürworten. Aus diesen Gründen wolle man der Sitzungsvorlage nicht zustimmen und bitte um Überarbeitung.

Herr Bartel erläuterte die Sichtweise der Fraktion Die Grünen. Er sehe keine Reduktion von OGS-Plätzen in Hilden. Darüber hinaus sähe er es ebenfalls kritisch, wenn es keinen Ausbau der Mensen gäbe. Er unterstrich, dass der Standort Richrather Straße mit seinem Standard erhalten bleiben müsse. Er machte ebenfalls auf den Zuzug von Flüchtlingen aufmerksam und befürwortete eine Ersatzlösung an der Walder Straße. Grundsätzlich gäbe es eine positive Einschätzung der Schulen. Es gehe um Planungen und nicht um einen abschließenden Beschluss.

Herr Burchartz unterstrich, dass es bei dem heutigen Beschluss darum gehe, dass der Ausschuss den Prozess begleite. Grundsätzlich sollten die Gespräche aufgenommen werden, aber die Einzelheiten müssten abgesprochen werden.

Herr Eichner betonte noch einmal, dass es nicht um die Entscheidung über einen Schulentwicklungsplan gehe, sondern den Auftrag, weitere Gespräche zu führen. Dieser Arbeitsprozess sei bereits mit allen Schulleitungen abgesprochen worden. Zum Zeitpunkt „X“ müsse es ein abstimmungsfähiges Ergebnis geben. Steuerinstrument sei es, die Zügigkeit auf fünf Jahre festzulegen, die Bevölkerungsentwicklung aber Jahr für Jahr nachzuführen.

Abschließend führte Frau Ritterbecks als Sprecherin der Schulleitungen aus, dass eine solche Steuerung wie auch der Arbeitsprozess von den Schulleitungen positiv bewertet würde. Es ergäbe sich dadurch eine bessere Planung für die gesamte Schullandschaft im Hinblick auf Verlässlichkeit und Berechenbarkeit, aber auch im Hinblick auf die Ausnutzung vorhandener Räume, Investitionen und Lehrerbedarf. Diese Vorgehensweise sei zukunftsorientiert. Die Planungen seien Grundlage für den SEP. Seitens der Schulleitungen werde dringender Handlungsbedarf gesehen.

Die Vorsitzende, Frau Schlottmann, ließ sodann über den Änderungsantrag von Herrn Monheimius abstimmen:

Geänderter Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Sitzungsvorlage noch einmal insbesondere im Hinblick auf die geplanten Veränderungen zur Astrid-Lindgren-Schule und die Container-Lösung zu überarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen, CDU-Fraktion, AfD, Bürgeraktion, FDP
4 Nein-Stimmen, SPD-Fraktion
1 Enthaltung, Grüne
Mehrheitlich beschlossen

Herr Bosbach erkundigte sich, ob der Name nachträglich zu verändern sei. Hierzu erläuterte Frau Aibel, dass in einem Gespräch mit den Schulleitungen vereinbart worden sei, dass man erst einmal zusammenwachsen wolle und danach über eine neue gemeinsame Namensgebung nachdenken wolle.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Sport beschließt für den neuen Schulverbund der ehemaligen Adolf-Reichwein-Schule und Adolf-Kolping-Schule folgenden Namen:

Grundschulverbund Beethovenstraße
 Städtische Katholische Grundschule mit
 Gemeinschaftsschulstandort
 - Primarstufe -
 Beethovenstraße 32-40
 40724 Hilden

Schulnummer: 106574

Abstimmungsergebnis:
 Einstimmig

| | | |
|---|--|-----------------------|
| 4 | Erneuerung des Kunstrasenbelags auf dem Sportplatz Hoffeld- strasse hier: Aufhebung des HV 6 Vermerkes | WP 14-20 SV 66/091 |
|---|--|-----------------------|

Herr Beig. Eichner erläuterte, dass diese Sondersitzung notwendig sei für die Freigabe der Planungsmittel. Hierzu lägen zwei alternative Beschlussvorschläge vor.

Der eine sähe das Ausschreibungsverfahren mit Beginn der Baumaßnahme April/März 2018 vor, der andere den Beginn bereits in 2017. Wegen Auslastung der beauftragten Firma, könne sich die Liniensanierung des Sportplatzes verzögern. Optimal sei eine Sanierung bis Ende September 2017. Der Beginn der Sanierung in 2017 könne jedoch nicht zugesichert werden.

Herr Burchartz sah ebenfalls Bedenken aufgrund des sehr knappen Termins. Durch ungünstige Wettereinflüsse könne sich die Sanierung weiter verzögern. Er erkundigte sich, ob dies mit dem Verein abgestimmt worden sei. Er tendiere aus diesem Grunde zu Alternative 1.

Herr Eichner bestätigte, dass dies mit dem Verein abgestimmt sei. Bei optimalen Bedingungen könne die Sanierung bis Mitte September abgeschlossen werden.

Herr Wegmann äußerte, dass das Thema bereits besprochen sei, dass in 2017 saniert werden solle. Hilden sei eine Sportstadt und müsse in diesem Zusammenhang auch entsprechende Sportstätten vorweisen können.

Frau Brandenburg zeigte sich überrascht darüber, dass Alternativen vorgestellt würden, die sich möglicherweise nicht realisieren ließen, weil die Firmen keine Kapazitäten hätten.

Herr Beig. Eichner erläuterte, dass es Rücksprachen mit Firmen sehr wohl gegeben habe, dass aber Zusagen, die im Rahmen einer Anfrage getätigt würden, nicht unbedingt auch im Rahmen

einer rechtssicheren Beauftragung gehalten werden würden. Mit einem Planungsbüro sei ein gemeinsamer Weg erarbeitet worden, letztendlich müsse jedoch die Ausschreibung abgewartet werden.

Frau Kittel führte aus, dass die Unwägbarkeiten detailliert dargestellt worden seien. Ihre Fraktion würde daher für Alternative 1 stimmen. Damit wäre es möglich, die Ausschreibung in Ruhe vorzubereiten. So könnte dem Risiko der Verzögerung durch Schlechtwetterperioden oder übersteuerten Angeboten unter Zeitdruck entgegengewirkt werden.

Frau Vorsitzende Schlottmann führte aus, dass Sport sehr wichtig sei. Wenn der HV6-Vermerk aufgehoben würde, könnten Ausschreibungen erfolgen. Durch die Einberufung dieser Sondersitzung seien vier Wochen Zeit für die Planung verloren gegangen.

Herr Bartel sprach sich für Alternative 1 aus. Er befürchtete ebenfalls, dass eine Lösung unter Zeitdruck, auch aufgrund des kleinen Bieterkreises, teuer werden würde. Qualitativ sei der Platz nicht so schlecht, dass er gefährlich wäre.

Frau Vorsitzende Schlottmann ließ über beide Alternativen abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Schul- und Sportausschuss beschließt die Aufhebung des HV6-Vermerkes und beauftragt die Verwaltung, die Erneuerung des Kunstrasenbelags auf dem Sportplatz Hoffeldstraße in 2018 gemäß dem vorgelegten Terminplan durchzuführen.

alternativ:

Der Schul- und Sportausschuss beschließt die Aufhebung des HV6-Vermerkes und beauftragt die Verwaltung die Erneuerung des Kunstrasenbelags auf dem Sportplatz Hoffeldstraße in 2017 gemäß dem vorgelegten Terminplan durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Alternative 1, 4 Stimmen (1 BA, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 AfD, 1 FDP)

Alternative 2, 8 Stimmen (4 CDU, 4 SPD)

5 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Zu diesem Punkt erfolgte keine Wortmeldung.

6 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Zu diesem Punkt erfolgte keine Wortmeldung.

Ende der Sitzung: 18:00 Uhr

Claudia Schlottmann
Vorsitzende

Kirsten Max
Schriftführer/in

Gesehen:

Birgit Alkenings
Bürgermeisterin

Norbert Danscheidt
1. Beigeordneter